



## James Patrick im Interview Claudio Grass

**Claudio Grass im Gespräch mit James Patrick, dem Autor des Dokumentarfilms "Stop it! The Great Taking".**

*Claudio Grass*

Mo. 21 Jul 2025

Wie viele meiner Kunden, Freunde und regelmäßigen Leser wissen, habe ich den größten Teil des letzten Jahrzehnts damit verbracht, all die großen Übel und Verfehlungen des Staates und seiner kapitalistischen Komplizen zu kritisieren. Ich habe ausführliche Analysen verfasst und zahlreiche Reden gehalten, um meine Mitbürger vor den Gefahren zu warnen, die von Machtübernahmen durch die Regierung und autoritären Übergriffen ausgehen. Die wichtigsten dieser Risiken finden sich zweifellos im Bereich der Geldpolitik und im Bankensystem. Denn wer das Geld kontrolliert, kontrolliert die Welt.

Mittlerweile sind diejenigen unter uns, die sich mit Geldgeschichte befasst haben und die Funktionsweise des aktuellen Systems genau beobachten, sich der Tatsache bewusst, dass Fiat-Währungen keinen realen Wert haben. Ihr vermeintlicher Wert hängt vollständig vom Staat ab, und selbst der Gedanke, dass man Eigentümer seiner Ersparnisse ist, ist illusorisch. Sparer können eines Tages aufwachen und feststellen, dass sie keinen Zugriff mehr auf ihre Bankkonten haben, wie wir in Kanada gesehen haben, oder sogar, dass ein Teil ihrer Ersparnisse einfach verschwunden ist, wie wir in Zypern gesehen haben.

Was jedoch weitaus beunruhigender sein dürfte, ist, dass dieses Risiko und diese Unsicherheit hinsichtlich der Eigentumsrechte auch Wertpapiere betreffen. Im folgenden Interview spricht James Patrick über das Thema seines neuen Dokumentarfilms „**STOP IT! The Great Taking**“, der ein dringend benötigtes Licht auf eine wenig bekannte, aber tiefgreifende Veränderung im globalen Wertpapierrecht wirft. Er deckt die schockierende Verschiebung auf, die durch eine Reihe von Gesetzesänderungen in den USA und der EU stattfand, durch die ganz still und leise die gesetzlichen Rechte von Anlegern auf große Finanzinstitute übertragen wurden. Dies führte zu einer rechtlichen Neudefinition der Eigentumsrechte an Aktien, Anleihen und anderen Vermögenswerten, von denen Anleger glauben, dass sie ihnen vollständig gehören, obwohl dies praktisch, effektiv und rechtlich nicht der Fall ist.

---

**Claudio Grass (CG): Schön, wieder mit Ihnen zu sprechen, James. Viele Menschen haben den Begriff „The Great Taking“ (Die große Enteignung) von David Webb gehört, aber könnten Sie das Thema kurz zusammenfassen?**

James Patrick (JP): Sicher. Die Geschichte handelt von einer betrügerischen Praxis, die sich in der Finanzdienstleistungsbranche entwickelt hat, bei der Wertpapiere von Kunden heimlich als Sicherheiten für eigene Geschäfte verwendet und an andere Unternehmen als Sicherheiten für spekulative Wetten verliehen wurden. Diese Praxis war in den 1970er Jahren weit verbreitet, aber in den 1990er Jahren wurden in den USA Gesetzesänderungen zur Legalisierung dieses Betrugs eingeführt, die in den 2000er Jahren in EU-Recht übernommen wurden.

**CG: Also, wessen Wertpapiere werden genau verwendet? Sind es die Aktien und Anleihen, die Privatanleger über ihren Broker kaufen?**

JP: Leider geschieht dies mit allen Wertpapieren auf dem Markt. Alle Anleger in Wertpapieren, ob groß oder klein, selbst erfahrene und institutionelle Anleger, sind dem Risiko ausgesetzt, dass ihre Broker und die über ihnen im System stehenden Finanzintermediäre insolvent werden. Selbst wenn Kunden mitgeteilt wird, dass ihre Konten „getrennt geführt“ werden, ist dies in Wirklichkeit nicht der Fall. Alle Wertpapiere der Kunden werden in Sammelkonten verwahrt und von dort als Sicherheiten verpfändet. Dies geschieht immer wieder in Form von „Sicherheitenketten“.

Wenn eines dieser Unternehmen, das Kundenvermögen verwaltet, insolvent wird, haben die Kunden nur Anspruch auf einen „pro rata share“ (einen proportionalen Anteil) des verbleibenden Vermögens des Unternehmens und haben einen nachrangigen Rechtsanspruch auf Rückgabe ihres Vermögens hinter den gesicherten Gläubigern der Verträge, für die ihre Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden.

**CG: Das ist ziemlich überraschend. Wie ist das überhaupt legal?**

JP: Um Ihre Frage zu beantworten: So wurde es legal. Die betrügerische Verwendung von Kundensicherheiten begann als illegale Handlung und entwickelte sich zu einer weit verbreiteten Praxis in der Branche. Dies führte zu einer konzertierten, jahrzehntelangen Lobbyarbeit, um wesentliche Änderungen im Wertpapier- und Insolvenzrecht zu erreichen und diese Praxis zu legalisieren. Diese Gesetzesänderungen setzen alle Inhaber von Wertpapieren einem totalen Verlustrisiko aus, sollten die Unternehmen, die ihre Wertpapiere verwenden, insolvent werden.

Die erste große gesetzliche Änderung erfolgte in den USA mit der Überarbeitung von Artikel 8 des Einheitlichen Handelsgesetzbuchs (Uniform Commercial Code, UCC) im Jahr 1994, welcher sich primär mit Wertpapieren befasst. Diese Änderung führte zwei neuartige rechtliche Konzepte ein. Das erste bestand darin, dass das direkte Eigentum an einem Wertpapier durch einen vertraglichen Anspruch auf ein Wertpapier ersetzt wurde, der als „Securities Entitlement“ (Wertpapierberechtigung) bezeichnet wird. Die Bedeutung dieses vertraglichen Anspruchs ist in einem Insolvenzverfahren sehr schwach.

Das zweite neuartige rechtliche Konzept bestand darin, dass im Falle einer Insolvenz der vorrangige Anspruch auf die Wertpapiere des Kunden dem besicherten Gläubiger des Derivatvertrags eingeräumt wurde, der die Kundenswertpapiere als Sicherheiten verwendete – und nicht dem Kunden selbst (dem sogenannten Berechtigten). Die Überarbeitung von Artikel 8 im

Jahr 1994 diente als Modell für die Harmonisierung dieser Änderungen im EU-Recht in den Jahren 2004 bis 2014, wie aus Dokumenten zwischen der „Legal Certainty Group“ (der Arbeitsgruppe, die mit der Umsetzung dieser Änderungen im EU-Wertpapierrecht beauftragt war) und Juristen der Federal Reserve Bank of New York hervorgeht.

**CG: Das heißt also, dass Kunden jederzeit den gesamten Verlust riskieren, wenn die Unternehmen, die ihre Vermögenswerte nutzen, insolvent werden, richtig? Und wer genau sind die gesicherten Gläubiger?**

JP: Die Wertpapiere der Kunden werden als Anfangssicherheit (Initial Margin) für Derivatverträge hinterlegt. Wenn sich der Markt gegen ihre Positionen bewegt, müssen sie zusätzliche Sicherheiten bereitstellen – andernfalls wird ihre Anfangssicherheit ausgelöscht. Jeder Derivatvertrag hat einen besicherten Gläubiger, der die Kontrolle über die verpfändeten Sicherheiten übernimmt.

Das Problem für die Branche bestand darin, dass Kundensicherheiten vielfach gleichzeitig für mehrere Derivatverträge verpfändet wurden. Wenn diese Verträge scheiterten, konnten die besicherten Gläubiger der gescheiterten Verträge die Sicherheiten einfordern. Doch es gibt nicht nur einen, sondern viele solcher Gläubiger, was zu einem Prioritätskonflikt zwischen mehreren gesicherten Gläubigern führt.

Die Branche brauchte rechtliche Klarheit, dass die besicherten Gläubiger Vorrang vor den Kunden haben. Damit die Derivatebranche mit einem derart hohen Hebel arbeiten kann, mussten die Eigentumsansprüche der Kunden auf ihre Vermögenswerte rechtlich eliminiert werden.

Ein weiteres bedeutendes rechtliches Hindernis, dem sich die Branche gegenüber sah, war das Insolvenzrecht. Vor den Änderungen im Insolvenzrecht galt die Beschlagnahme von Kundenswertpapieren unmittelbar vor einer Insolvenz als konstruierter Betrug („constructive fraud“) oder als betrügerische Übertragung („fraudulent transfer“).

Daher wurden in den Jahren 2005 und 2006 auf Bundesebene in den Vereinigten Staaten Änderungen des Insolvenzrechts verabschiedet, die die sogenannten „Safe Harbor“-Bestimmungen änderten und die Ausnahmen gemäß § 546(e) einführten, welche Betrug ausdrücklich ausnahmen.

Tatsächlich wurden Ausnahmen genau für jene Kriterien geschaffen, die zuvor als konstruierter Betrug und betrügerische Übertragung galten. Ich weiß, das klingt unglaublich – aber es ist wahr und schwarz auf weiß im Gesetz

festgehalten.

Diese Gesetzesänderungen haben zu wilden Spekulationen auf dem Derivatemarkt geführt, dessen geschätzter Gesamtwert mittlerweile bei rund 2 Billionen US-Dollar liegt. Der zugrunde liegende Wert aller Wertpapiere, die bei der Depository Trust and Clearing Corporation (DTCC) in New York und bei Euroclear in Belgien gehalten werden, beträgt etwa 130 Billionen US-Dollar. Da jedoch nicht alle dieser 130 Billionen als Sicherheiten verwendet werden, sprechen wir von einem systemweiten Hebel von über dem 20-Fachen – bei US-Staatsanleihen liegt der Hebel manchmal sogar bei über dem 150-Fachen.

**CG: Wie kommt es, dass der durchschnittliche Anleger über dieses Thema völlig im Dunkeln tappt? Selbst erfahrene Profis sind sich höchstwahrscheinlich nicht vollständig bewusst, welchen Risiken sie an den Märkten ausgesetzt sind. Wie konnten solch unglaublich wichtige und bahnbrechende rechtliche Veränderungen ohne jegliche öffentliche Bekanntmachung, geschweige denn Debatte, stattfinden?**

JP: Diese Änderungen wurden still und leise eingeführt – und das mitten vor aller Augen. Obwohl die gesamte Banken-, Repo- und Derivatebranche davon profitierte, verstehen nur sehr wenige innerhalb der Branche das große Ganze und die weitreichenden Risiken, die dadurch entstanden sind. Und große institutionelle Investoren haben davon keinerlei Ahnung – ganz zu schweigen von einem Privatanleger, selbst wenn er Hunderte Millionen Dollar an den Märkten investiert hat.

Zusätzlich zu diesen Änderungen hat sich der Repo-Markt – der maßgeblich von JPMorgan aufgebaut wurde – zum primären Geldmarkt zwischen den Banken entwickelt. Diese Rückkaufvereinbarungen (Repurchase Agreements) sind ihrer Struktur nach anfällig dafür, bei Marktrückgängen eine systemische Illiquidität auszulösen. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hat zahlreiche Berichte veröffentlicht, in denen sie vor sogenannten „Margin Spirals“ in einem solchen Szenario warnt.

**CG: Wow, was kann man dagegen tun?**

JP: Um ehrlich zu sein, innerhalb der EU kann man nicht viel tun, da vieles davon in EU-Recht überführt wurde, das über den nationalen Regierungen steht. Ohne die EU selbst aufzulösen, sehe ich daher keine klare rechtliche Strategie, um irgendetwas davon rückgängig zu machen. Die nationalen Regierungen innerhalb der EU müssen ihre Souveränität geltend machen, aus der EU austreten und ihre Bürger schützen.

Aber in den USA wurde die grundlegende gesetzliche Änderung auf Bundesstaatenebene eingeführt und kann auch dort wieder rückgängig gemacht werden, indem man einige Ausnahmen in der Überarbeitung von Artikel 8 aus dem Jahr 1994 streicht. Das würde die rechtliche Struktur auflösen, die die Branche geschaffen hat, um Kundeneigentum zu belasten. Wenn solche Gesetzesänderungen in nur einem Bundesstaat verabschiedet werden, könnten große Unternehmen ihre Verwahrverträge so umgestalten, dass sie dem Recht dieses Bundesstaates unterliegen. Damit würden sie im Falle einer Insolvenz ihres Brokers oder anderer Finanzintermediäre Vorrang bei ihren eigenen Wertpapieren erhalten.

Wenn wir diese Änderungen nicht vornehmen, werden wir nichts besitzen und unglücklich sein.

**CG: Können Sie den letzten Punkt etwas näher erläutern? Wenn sich nichts ändert, was wird Ihrer Meinung nach als Nächstes passieren? Wie würde sich Ihrer Meinung nach das schlimmste Szenario entwickeln und welche „Dominoeffekte“ müssten eintreten, damit es dazu kommt?**

JP: Im schlimmsten Fall sehen wir einen Preisverfall auf dem Derivatemarkt, der eine Kaskade von Nachschussforderungen (Collateral Calls) auslöst. Infolgedessen werden Sicherheiten verkauft, unabhängig vom auf dem Markt erzielten Preis, und der gesamte Sicherheitenmarkt friert ein. Dadurch werden die Wertpapiere aller Beteiligten in US-Staatsanleihen umgewandelt und von den besicherten Gläubigern übernommen.

Am Ende würden die „Too Big to Fail“-Banken all die Sicherheiten aufsaugen. Jeder würde seine Ersparnisse verlieren, und der Reichtum der Gesellschaft würde in die Hände weniger gelangen – und niemand könnte das rechtlich anfechten, außer durch eine bewaffnete Revolution. Dann würden wir in einer deutlich ärmeren Welt leben, wie sie von UN-Initiativen wie C40.org skizziert wird, in der Fleisch und Milchprodukte, Fernreisen und Autos für die breite Bevölkerung unerreichbar wären und die Menschen in sogenannten „15-Minuten-Städten“ leben würden.

**CG: Wie sind Sie zu diesem Thema gekommen?**

JP: Nun, ich komme aus Washington, DC... haltet mir das nicht vor... und ich habe immer recherchiert, wer wirklich die Kontrolle über unsere „außer Kontrolle geratene“ Regierung hat. Ich kam zu dem Schluss, dass die

Bankinteressen hinter der Federal Reserve tatsächlich die wirklichen Herrscher sind. Also suchte ich nach der besten Analyse darüber, wie die Fed funktioniert, und das führte mich zur Österreichischen Schule der Ökonomie.

Diese liefert die beste Analyse des Konjunkturzyklus und der Probleme, die aus dem Fraktionalen Reservebankwesen entstehen. Die 300 Jahre alte Praxis der Banken, die Einlagen ihrer Kunden als Kredite weiterzuverleihen, wobei die Zinsen auf diese Kredite den Gewinn der Bank darstellen, ähnelt auffallend der aktuellen Branchenpraxis, Kundentitel zu verpfänden und weiterzuverleihen, wobei die Erträge aus diesen Geschäften der Gewinn der Firma sind.

Ich war gerade dabei, meine Doktorarbeit über Geld- und Bankenreformen sowie die Bedrohung der Bürgerrechte durch CBDCs abzuschließen, als die Covid-Epidemie begann. Diese weitverbreitete Verletzung unserer Bürgerrechte machte mich wütend, also beschloss ich, etwas dagegen zu unternehmen, und startete die größte internationale Dokumentation zu diesem Thema mit dem Titel „Planet Lockdown“, zu der auch du, Claudio, einen großen Beitrag geleistet hast. Vor 18 Monaten traf ich David Webb auf einer Konferenz in Schweden, bei der wir beide sprachen. Ich sprach ihn darauf an, einen Film zu diesem Thema zu machen, und wir entschieden uns, eine Dokumentation zu drehen. Er und mehrere andere Banker, von denen einige auf dem Eurodollar-Markt tätig waren, halfen mir, die Problematik der Wertpapiere zu verstehen und mein Verständnis der Finanzmärkte dort zu aktualisieren, wo die Analyse der Österreichischen Schule endete.

Innerhalb von drei Monaten nach Beginn der Filmproduktion begannen einige Anwälte in South Dakota, die sein Buch gelesen hatten, auf Landesebene Gesetze einzubringen, um Artikel 8 des Uniform Commercial Code (UCC) zu ändern, damit die Priorität der Kunden an ihren eigenen Wertpapieren gegenüber den besicherten Gläubigern wiederhergestellt wird. Wir führten Interviews mit G. Edward Griffin, als David und ich erstmals von diesen Bemühungen hörten, und der Film konzentrierte sich schnell auf die Gesetzgebungsbemühungen im Jahr 2024 zur Änderung von Artikel 8 – und der Rest ist Geschichte. G. Edward Griffin schlug vor, den Film „STOP IT!“ zu nennen. Der Film wurde Ende Januar veröffentlicht und ist kostenlos unter [TheGreatTakingReport.com](http://TheGreatTakingReport.com) anzusehen.

**CG: Können Sie etwas über Ihre Erfahrungen bei der Produktion des Films sprechen? Gab es während der Produktion oder nach der Veröffentlichung irgendwelche negativen Reaktionen?**

JP: Wenn Sie Belästigung meinen, nein, die habe ich nicht erlebt. Immer noch wissen nur sehr wenige Menschen von diesem Problem, und diejenigen, die davon etwas wissen, verstehen die größeren Zusammenhänge nicht. Gerade durch Interviews wie dieses können mehr Menschen darüber erfahren und Druck auf ihre Gesetzgeber ausüben, um diese Gesetze, die Diebstahl und Betrug legalisieren, zu kippen.

**CG: Eine beeindruckende Geschichte. Möchten Sie zum Abschluss noch etwas hinzufügen?**

JP: Jeder kann den Film auf [TheGreatTakingReport.com](http://TheGreatTakingReport.com) ansehen. Ich veröffentliche einen technischen Bericht für erfahrene Investoren und Fondsmanager, um die inhärenten Risiken auf dem Wertpapiermarkt besser zu verstehen. Mein Bericht untersucht die relevanten Gesetzesänderungen in den USA und der EU, die die Eigentumsrechte an Wertpapieren untergraben haben, und beschreibt die von allen Anlegern bisher nicht erkannten Risiken.

Ich möchte auch alle US-Bürger ermutigen, ihre Landesgesetzgeber zu kontaktieren, um Artikel 8 zu ändern. Dies ist ein realistisches Ziel und der erste Schritt, um unsere Eigentumsrechte wiederherzustellen und die 2-Billionen-Dollar-Derivateblase friedlich zu entschärfen, die die Weltwirtschaft zu Fall bringen könnte.

Jeder kann mich bei Fragen unter [info@TheGreatTakingReport.com](mailto:info@TheGreatTakingReport.com) kontaktieren.

ARTIKEL TAGS:

Interview Griffin, Edward G. Webb, David Federal Reserve (FED)

Hinterlegungsstelle Trust and Clearing Corporation, DTCC BIS